



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 13.06.2019

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Dienstag, 18. Juni 2019, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 09.05.2019

Bereich Kultur

2. Kulturentwicklungsplan - Kurzpräsentation STADTart
3. **19-F-08-0042**

Perspektive der Kreativfabrik KREA
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 12.06.2019-

Aus einem Brief der Kreativfabrik an die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Rathausfraktionen geht hervor, dass zum 30.6.2021 der Erbbaurechtsvertrag der Fleischer-Einkauf Mainz/Wiesbaden eG mit der Stadt hinsichtlich des von der eG an die Kreativfabrik überlassenen Gebäudes ausläuft und seitens der eG keine Absicht besteht, den Erbbaurechts-

vertrag zu verlängern, da er für den ursprünglich vorgesehenen Zweck nicht mehr erforderlich ist. Es sei seitens der eG beabsichtigt, die Immobilie bereits "bis zum Ende des dritten Quartals 2019 zu veräußern".

Es ist sehr verständlich, dass die Kreativfabrik, die seit 2002 in unmittelbarer Nähe zum Schlachthof und jetzt als eine der wichtigen Kultureinrichtungen am Kulturpark ein unverzichtbares Angebot erbringt, die Frage der zukünftigen Nutzung der Räume alsbald geklärt haben möchte. Mit der Stadtverwaltung, konkret dem Amt für Liegenschaften, gab es bereits eine Kommunikation in dieser Angelegenheit, ohne dass es ein zufrieden stellendes Ergebnis gibt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge in der Angelegenheit "Perspektive der Kreativfabrik hinsichtlich der von der Fleischer-Einkauf Mainz/Wiesbaden eG zur Verfügung gestellten Räume" einen Sachstandsbericht geben.

Der Ausschuss sieht die Notwendigkeit, dass der Magistrat mit dem Ziel aktiv wird, die Räumlichkeiten und damit die Existenz der wichtigen Kultureinrichtung Kreativfabrik zu sichern.

Der Ausschuss erwartet kurzfristig Mitteilung darüber, welche Lösung der Magistrat vorschlägt und wie er diese umsetzen will.

4. 19-F-08-0043

Interessenbekundungsverfahren Walhalla transparent gestalten!

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 12.06.2019-

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich im Februar 2019 eindeutig für eine Sanierung und eine kulturelle Nutzung des Walhalla-Theaters und die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens ausgesprochen. Angesichts der Bedeutung dieses Kulturdenkmals für die Kultur in Wiesbaden und die Belebung der Wiesbadener Innenstadt ist es besonders wichtig, das Interessenbekundungsverfahren und die Vergabe möglichst transparent, rechtlich korrekt und zweckgerichtet zu gestalten.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass vor dem Start des Interessenbekundungsverfahrens der Text der Ausschreibung dem Beteiligungsausschuss und dem zuständigen Fach-ausschuss für Kultur, dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, vorgelegt wird. Hierfür sind, falls erforderlich, Sondersitzungen einzuberufen.

5. 19-F-03-0005

DL 22/19-2

Weg für eine kulturelle Nutzung des Walhallas ebnen

6. 19-V-01-0017

DL 22/19-3, 18/19-1

Zukunft der Walhalla: Gewährung eines städtischen Investitionszuschusses für eine nachhaltige kulturelle Nutzung des historischen Gebäudes

ANLAGE: Beschlussempfehlung Kulturbeirat Nr. 15/2019 vom 04.06.2019

7. 19-V-41-0010

DL 24/19-7, 23/19-7

Kulturfestival "Festland"

Bereich Schule

8. 19-F-21-0035

Umsetzung des Digitalpaktes an Wiesbadener Schulen

-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2019-

Mit dem Programm „Digitale Schule Hessen“ ergänzt die hessische Landesregierung den Eigenanteil Hessens am Digitalpakt des Bundes von 10 auf 25 Prozent. Hierzu soll in den kommenden fünf Jahren, beginnend mit Jahresende, eine Gesamthöhe von knapp 500 Mio € zur Verfügung stehen. Das Programm zielt auf die digitale Ausstattung der Schulen, die Fortbildung der Lehrkräfte, die Erarbeitung pädagogischer Konzepte sowie den Anschluss der Schulen an das Glasfasernetz.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Mittel in welcher Höhe der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Umsetzung des Digitalpaktes zur Verfügung gestellt werden;
2. wie groß der Eigenanteil der aufzuwendenden Mittel der Landeshauptstadt Wiesbaden sein wird;
3. ob es geplant und zulässig ist, eine Priorisierung der Mittelzuführung einzelner Schulen vorzunehmen. Falls ja, nach welchen Maßstäben/Kriterien;
4. zu berichten, inwieweit und von wem die Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte im Rahmen des Programms gewährleistet werden.

9. 19-F-21-0033

Sachstandsbericht IGS Rheingauviertel

-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünenvom 12.06.2019-

Laut der Presseberichtserstattung vom 11.06.2019 beläuft sich der Wasserschaden an der IGS Rheingauviertel auf mindestens 500.000 Euro. Demnach muss der Bau vermutlich sogar abgerissen werden.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Sachstand zu den Folgen des Wasserschadens zu geben und dabei darzustellen, ob der Magistrat einen Abriss und Neubau für erforderlich hält und welche Konsequenzen sich dadurch für die Schulbauliste ergeben.

10. 19-F-08-0044

Trinkwasserversorgung an Schulen

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden 12.06.2019-

Aus einem aktuellen Bericht hinsichtlich der Überlastung im Hochbauamt geht hervor, dass das Hochbauamt nicht in der Lage ist, die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich der Kontrolle der Trinkwasserqualität in städtischen Gebäuden zu gewährleisten. Es wird vom Amt mitgeteilt: "die aktuellen Normen der TW Hygiene können durch fehlendes Personal nicht umgesetzt werden." Besonders bedenklich ist dieser Umstand, da es eine "hohe Anzahl von Trinkwasserbelastungen" gäbe. Auch in Schulen soll es, z. B. im letzten Sommer, zu Trinkwassersperrungen gekommen sein. Es bedarf wohl keiner tiefer gehenden Begründung dafür, dass in Schulen Trinkwasser zur Verfügung stehen muss und dass Wasser, z.B. nach Einnahme von Frühstück im Klassenraum oder nach Umgang mit Mal Farben im Unterricht zum Reinigen, zweckmäßig im Klassenraum vorhanden sein sollte und Trinkwasserqualität haben muss.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge folgende Fragen bis zur ersten Ausschusssitzung nach den Sommerferien beantworten:

1. Wie ist die Ausstattung der Unterrichtsräume an Wiesbadener Schulen mit Trinkwasserzugang?
2. Ist gewährleistet, dass auch bei Neubauten in den Unterrichtsräumen Trinkwasserzugänge vorgesehen werden?
3. Musste die Trinkwasserversorgung an einzelnen Schulen im Zeitraum 2015-2018 gesperrt bzw. die Nutzung des Wassers (aus gesundheitlichen Gründen) untersagt werden? Wenn ja: Wann an welchen Schulen für welche Zeiträume? Was waren die Gründe für die Sperrung bzw. das Nutzungsverbot?
4. Was wird seitens des Magistrats unternommen, um die gesetzlichen Vorschriften zur Kontrolle der Trinkwasserqualität einzuhalten?
5. Ist gewährleistet, dass auch in den sechswöchigen Sommerferien die Leitungsrohre ausreichend durchspült werden?
6. Welche konkreten Festlegungen gibt es hierzu?
7. Bis wann soll die Zugänglichkeit von Trinkwasser an allen Schulen mit welchen Maßnahmen gewährleistet werden?

11. Bericht zu den Verteilkonferenzen

Bereich Städtepartnerschaften

12. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 19-V-41-0007

Troncmittel Kultur, Teil I

ANLAGE

2. 19-V-41-0011

DL 24/19-8, 23/19-8

Hess. Staatstheater Wiesbaden: Abschluss 2018; Budget 2019

3. 19-V-41-0012

DL 24/19-9, 23/19-9

Sanierung Burg Sonnenberg, Aktualisierung Bauabschnitt I

4. 19-V-20-0020

DL 24/19-5, 23/19-5

Investitionscontrolling 1. Quartal 2019 inkl. Änderung des Vorgehens

5. 19-V-03-0005

DL 32/19-1

Neues Gymnasium -Festlegung des Standortes

6. 19-V-40-0013

DL 31/19-3

Finanzbericht Schulamt 1. Halbjahr 2019

7. 19-V-02-8003

DL 24/19-3, 23/19-3

Fortführung Lernwerkstatt für die Schuljahre 2019/2020 und 2020/2021

8. 19-V-40-0004

DL 24/19-6, 23/19-6

Stellenschaffung Büroleitung u. Schulhausmeister/-in neues Gymnasium

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch

Vorsitzende